

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Abzocker-Initiative 6

Thomas Minder und Caspar Baader zur Abzocker-Initiative.



Raumplanungsgesetz 9

Die RPG-Revision ist ein Alpengraben. Von Nationalrat Oskar Freysinger



Familienbeschluss 10

Sagen Sie am 3. März NEIN zur Verstaatlichung der Kinder.



Kriminelle Ausländer: Jetzt handeln!



Mit 154'982 Unterschriften in nur fünf Monaten für die Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer setzt die SVP ein deutliches Zeichen. Der Bundesrat ist nun gefordert, den Volkswillen umzusetzen und aus seiner Lethargie zu erwachen.

Die SVP hat am 28. Dezember 2012 die Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer eingereicht. Die Unterschriften wurden in nur fünf Monaten gesammelt. Damit gehört die Initiative zu den fünf am schnellsten zustande gekommenen Volksbegehren aller Zeiten. Dies zeigt, wie stark der Bevölkerung das Problem der kriminellen Ausländer unter den Nägeln brennt. Die Durchsetzungsinitiative ist ein klares Zeichen an Bundesrat und Parlament, den von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsartikel in der Bundesverfassung endlich korrekt umzusetzen.

Ausländische Straftäter, die schwere Verbrechen begehen, sollen das Land nach Verbüßung ihrer Haftstrafe automatisch verlassen müssen. Gleiches gilt für unbelehrbare Wiederholungstäter, welche mit ihren Taten die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigen. Die Behörden müssen nun endlich handeln.

SVP-KLARTEXT UNTERSTÜTZEN 
In dieser ersten Ausgabe 2013 finden Sie einen Einzahlungsschein.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende und freiwillige Abonnement-Bezahlung.

Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch



Rückblick - Ausblick

Die SVP steigt voller Elan ins Jahr 2013. Wir haben einen guten Zug drauf und nehmen diese Dynamik mit ins neue Jahr. Verschiedene Ereignisse belegen unsere gute Form.

Erfolgreiche Herbstwahlen 2012

Die SVP hat bei praktisch allen Parlamentswahlen im vergangenen Herbst, sowohl auf kantonaler- wie auf kommunaler Ebene, erstaunliche Stabilität und gar spektakuläre Zugewinne verzeichnet. Ins Auge sticht die grosse und solide Wählerschaft in den Kantonen Aargau, Schaffhausen und Bern.

Bundespräsident Ueli Maurer

Erstmals in der Geschichte der Schweiz ist mit Ueli Maurer ein bekannter EWR- und EU- Beitrittsgegner schweizerischer Bundespräsident geworden. Die SVP ist stolz, dass der höchste Repräsentant der Landesregierung aus unseren Reihen stammt. Wir wünschen Ueli Maurer ein erfolgreiches Präsidialjahr.

Kriminelle Ausländer ausschaffen

Am 28. Dezember konnten wir lediglich fünf Monate nach der Lancierung unsere Durchsetzungsinitiative einreichen. Mit 155'000 beglaubigten Unterschriften handelt es sich bei unserem Begehren um eine der schnellst gesammelten Volksinitiativen in der Geschichte der Schweiz. Die Durchsetzungsinitiative ist bei Annahme des Volkes direkt anwendbar und verleiht

dem Volkswillen betreffend dem neuen Verfassungsartikel zur Ausschaffung krimineller Ausländer den notwendigen Druck.

Neujahrsveranstaltung der SVP

Die fast schon zur Tradition gewordene Neujahrsveranstaltung der SVP, an der Nationalrat und alt Bundesrat Christoph Blocher jeweils drei historische Persönlichkeiten aus einer Region würdigt, entwickelt sich zu einem kulturellen Jahres-Highlight. Über 1'500 Personen haben im Toggenburg die Würdigung von Reformator Huldreich Zwingli, vom armen Mann im Tockenburg Ulrich Bräker und der Senntumsmalerin Babeli Giezendanner miterlebt.

SVP Jasscup in Wattwil/SG

Die SVP verbindet mehr als nur Politik. Wir stehen zu den schweizerischen Traditionen. Daher trifft sich die SVP-Familie jedes Jahr zu einem nationalen Jassturnier mit Schieber und zugelosten Partnern. Der nächste Jasscup steigt am Samstag, 23. Februar, ab 10.30 Uhr in der Markthalle Toggenburg in Wattwil/SG.

Am 3. März – Nein zum Familienartikel

So unscheinbar der Familienartikel daherkommt, so gefährlich sind seine Auswirkungen auf Gesellschaft und Staat. Einmal mehr soll mit einem neuen Verfassungsartikel der Sozialstaat ausgebaut werden. Die ausser-

familiäre Kinderbetreuung soll flächendeckend und staatlich finanziert werden. Die Begehrlichkeiten und die Anspruchsmentalität werden ins Uferlose steigen.

Frühjahrsahlen 2013 – Die SVP ist gefordert

In diesem Frühjahr finden kantonale Wahlen von Parlament und Regierung in den Kantonen Wallis, Solothurn und Neuenburg statt. Dazu kommen Ersatzwahlen in die Regierungen der Kantone Appenzell Ausserrhoden und Baselland sowie Kommunalwahlen im Kanton Tessin.

Jetzt „Klartext“ unterstützen

Damit wir auch im neuen Jahr unsere Mitgliederzeitung „SVP Klartext“ herausgeben können, sind wir für jede Unterstützung dankbar. Bitte benutzen Sie den beigelegten Einzahlungsschein. Herzlichen Dank!

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Die SVP will keine Staatskinder.

Und Sie?

Am 3. März 2013 werden die Schweizerinnen und Schweizer über den Bundesbeschluss über die Familienpolitik abstimmen. Der neue Verfassungsartikel greift massiv in die Eigenverantwortung der Familien ein. Der Bund erhält die Kompetenz, im Bereich der Erziehung rigorose Vorgaben zu machen, Strukturen zur familienexternen Betreuung zu verlangen, den Unternehmen Arbeitszeitmodelle vorzugeben, Vaterschaftsurlaube und weitere Milliardenausgaben durchzusetzen. Die SVP kämpft gegen diese schädliche und unsinnige Vorlage. Mehr dazu finden Sie auf den Seiten 10 und 11.

So können Sie uns aktiv unterstützen:

1. Schreiben Sie Leserbriefe

Kurze und zielorientierte Leserbriefe werden von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern gelesen. Schreiben Sie einen Leserbrief und schicken Sie diesen an ihre regionale oder kantonale Zeitung.

2. Schreiben Sie E-Mails und Kommentare

Loggen Sie sich unter Facebook oder Twitter ein und sagen Sie, warum Sie Nein stimmen.

Sie können auch E-Mails an Ihre Kontakte schicken und Kommentare auf den Webseiten von Tageszeitungen publizieren.



4 Kriminelle Ausländer

Weckruf für SP-Bundesrätin

Nach einer Sammelzeit von nur fünf Monaten hat die SVP am 28. Dezember 2012 die Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative) mit 154'982 Unterschriften eingereicht. Die Durchsetzungsinitiative verlangt dank einer im Detail ausformulierten Verfassungsbestimmung die direkt anwendbare, verfassungskonforme Durchsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsinitiative. Die zuständige Bundesrätin Sommaruga will den Verfassungsauftrag nicht umsetzen. Mit der Durchsetzungsinitiative hat das Volk die Zügel wieder in der Hand und kann den untätigen Bundesrat zwingen, den Volkswillen zu respektieren.



Die insgesamt 154'982 Unterschriften ergaben aufgereiht eine eindruckliche Kullisse.

Über 50 Personen beteiligten sich an der Einreichung der Initiative. Unter ihnen auch Parteipräsident Toni Brunner, Kantonsrätin Anita Borer und Fraktionspräsident Adrian Amstutz.

Auch Nadja Pieren, Walter Wobmann und Gregor Rutz halfen tatkräftig mit, die Unterschriften zur Bundeskanzlei zu befördern.



Die Westschweizer Präsidenten Claude-Alain Voiblet (VD), Roland Mesot (FR), und Yvan Perrin (NE) durften sich über zahlreiche Unterschriften aus der Westschweiz freuen.



Sommaruga

Was fordert die Durchsetzungsinitiative?

Prinzip rote Karte

Bei schweren Delikten erfolgt zwingend und automatisch eine Ausschaffung.

Der Täter erhält hier keine zweite Chance, sondern es wird direkt die „rote Karte“ gezeigt, d.h. er hat das Land nach Verbüßung seiner Strafe automatisch zu verlassen. Betroffen von dieser Regelung sind u.a. Mörder, Vergewaltiger, Drogenhändler, Betrüger, Räuber.

Prinzip gelbe Karte

Bei anderen in der Initiative genau definierten Delikten erfolgt die automatische Ausschaffung unter der Voraussetzung, dass der ausländische Täter bereits vorbestraft ist.

Er weiss nun, dass er aus der Schweiz ausgewiesen wird, sofern er erneut straffällig wird, das heisst, wenn er Straftaten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen, wie z.B. Raufhandel oder Gewalt gegen Beamte, begeht.

Wie im Fussball! Ein schweres Delikt bedeutet direkt eine rote Karte. Ein mittelschweres Delikt wird mit einer gelben Karte bestraft. Zwei gelbe Karten führen zur Ausschaffung.

Schauen Sie den SVP-TV-Beitrag zur Durchsetzungsinitiative auf www.svp.ch

**Mehr Informationen:
www.durchsetzungsinitiative.ch**



Zitat

„Bundesrätin Sommaruga, wachen Sie endlich auf!“

Nationalrat Adrian Amstutz bei der Einreichung der Durchsetzungsinitiative (28.12.2012).

Zoom



Im Kanton Basel-Stadt lag der Ausländeranteil bei den Kriminellen (Beschuldigte) 2011 bei 61%.

Zahl

154'982

In nur fünf Monaten hat die SVP so viele Unterschriften für ihre Durchsetzungsinitiative gesammelt.

6 Abzocker-Initiative

Kein Referendum?

Naiv, das zu glauben!

Trauen Sie den Gegnern der Volksinitiative «gegen die Abzockerei», dass sie gegen den indirekten Gegenvorschlag kein Referendum ergreifen? Immerhin stehen *economiesuisse*, die Jungfreisinnigen und Nationalrat Martin Landolt (BDP) dahinter. Und natürlich die Herren Vasella, Dougan, Ospel und Co.

PRO

Politik ist kein Märchenland, sie agiert unschwellig und verlogen. Sie lebt von der Eigenprofilierung der Politiker. Das Windfahnenhafte gewisser Politiker ist nichts Neues. Gerade deswegen wäre es naiv zu glauben, niemand auf der Gegenseite ergriffe das Referendum, falls die Initiative abgelehnt würde. Bei politischen Auseinandersetzungen ist alles möglich! Der Aufwand für ein Referendum von ca. Fr. 150'000 wäre für diese Kreise, angesichts der 8-Millionen-Gegnerkampagne, ein Pappentiel.



Ständerat Thomas Minder plädiert für ein Ja zur Abzockerinitiative. Aus seiner Sicht ist bei einem Nein zur Abzocker-Initiative die Gefahr gross, dass das Referendum ergriffen wird.

Was wären die Konsequenzen, wenn die Gegner das Referendum ergreifen und dieses an der Urne dank weiterer Millionenpropaganda abgelehnt würde? Nach einem 12-jährigen (so lange dauert bereits die Revision des Aktienrechts), aufwändigen Kampf gegen die Abzockerei in den Teppichetagen bliebe weiterhin der Status quo. Weder die klaren Initiativforderungen noch der verwässerte, löchrige Gegenvorschlag würden Gesetz – ein Scherbenhaufen sondergleichen!

Die Wahrscheinlichkeit ist und bleibt gross, dass der Gegenvorschlag durch ein Referendum bekämpft würde. Angesichts der Unberechenbarkeit und Finanzkraft der Gegnerschaft ist ihnen ein Referendum durchaus zuzutrauen.

Fazit: Es gibt nur eine Sicherheit, damit KEIN Referendum ergriffen wird: Annahme der Volksinitiative «gegen die Abzockerei» und Verankerung in der Verfassung. Zumal mit dem Gegenvorschlag nicht nur weiter abgezockt würde: Er würde auch im Nu vom Parlament wieder abgeändert. Denn das Obligationenrecht wird ca. dreimal jährlich geändert.

Der Gegenvorschlag der Manager schliesst sowieso die so wichtigen Hintertüren nicht: Weder Abgangsent-schädigungen noch Vorauszahlungen noch Prämien bei Firmenkäufen/-verkäufen werden verboten. Und die grössten Entschädigungs-Exzesse finden nun einmal auf Stufe Ge-

„Das Windfahnenhafte gewisser Politiker ist nichts Neues. Gerade deswegen wäre es naiv zu glauben, niemand auf der Gegenseite ergriffe das Referendum, falls die Initiative abgelehnt würde. Bei politischen Auseinandersetzungen ist alles möglich!“

schäftsleitung statt. Doch nur die Volksinitiative verlangt hier die bindende GV-Abstimmung!

Schliesslich versprach auch die SVP-Parteispitze öffentlich, mit mir und dem Initiativkomitee in den Abstimmungskampf zu ziehen, sollte die damalige «Einigungslösung» von 2010 im Parlament scheitern. Hinter dieser Abmachung stand so-dann auch die komplette SVP-Fraktion – ohne Gegenstimme. Jene 30 Punkte umfassende «Einigungslösung» scheiterte indessen kläglich.

Stimmen Sie JA zum Original, zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei». Nur so vermeiden wir das gefährliche Referendum.

von Ständerat Thomas Minder, Initiant, parteilos, Neuhausen am Rheinfall (SH)



Rasche Verschärfung des Aktienrechts ist besser

Seit Jahren kämpft die SVP gegen Abzocker, also Manager und Verwaltungsräte, welche sich schamlos aus den Kassen börsenkotierter Unternehmen bedienen. Dies ist möglich, weil bisher die Aktionäre als Eigentümer nichts zu diesen Vergütungen sagen können. Es ist das Verdienst von Thomas Minder, dass er mit seiner Initiative dieses Problem aufgegriffen hat. Aber sie geht mit ihren 24 Forderungen zu weit!

Das Parlament hat am 26. März 2012 nach hartem Ringen mit einer Aktienrechtsrevision einen indirekten Gegenvorschlag zur Stärkung der Aktionärsrechte verabschiedet. Darin sind die wesentlichen Punkte der Initiative enthalten. Wird die Minder-Initiative am 3. März 2013 abgelehnt, könnte die Aktienrechtsrevision sofort in Kraft gesetzt werden. Würde sie dagegen angenommen, wäre der indirekte Gegenvorschlag hinfällig. Das Ringen im Parlament würde von neuem beginnen und sämtliche Massnahmen gegen die Abzockerei verzögert. Daher hat

„Wird die Minder-Initiative am 3. März 2013 abgelehnt, könnte die Aktienrechtsrevision sofort in Kraft gesetzt werden.“

sich ein SVP-Unternehmer-Komitee gebildet, welches sich für die Ablehnung der Initiative und die rasche Umsetzung des Gegenvorschlages einsetzt.

Welches sind die wesentlichen Neuerungen des Gegenvorschlages?

1. Genehmigung der Vergütungen durch die Aktionäre:

Wie bei der Initiative muss künftig die Generalversammlung jährlich über die Gesamtsumme der Vergütungen an den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung entscheiden. Bei der Vergütung an die Geschäftsleitung können die Aktionäre gemäss Gegenvorschlag in den Statuten festlegen, dass dieser Beschluss nur konsultative Wirkung hat. Der Ge-

genvorschlag lässt ausnahmsweise auch Abgangs- und Vorausschädigungen zu, jedoch nur mit Beschluss der Generalversammlung. Damit wird z.B. der Spielraum zum raschen Ersatz eines Geschäftsleitungsmitgliedes erhalten.

2. Vergütungsreglement und Vergütungsbericht:

Zentral für eine wirksame Kontrolle ist, dass gemäss Gegenvorschlag der Verwaltungsrat der Generalversammlung zwingend ein Vergütungsreglement für sämtliche Entschädigungen an die Verwaltungs- und Beiräte sowie an die Geschäftsleitungsmitglieder zu unterbreiten hat. Alljährlich hat der Verwaltungsrat

der Generalversammlung in einem Vergütungsbericht Rechenschaft über die Einhaltung des Vergütungsreglements abzulegen. Diese Lösung schafft Transparenz. Sie ist flexibler als die Festschreibung der Vergütungsgrundsätze in den Statuten, wie es die Initiative verlangt. Und das Mitspracherecht der Aktionäre ist garantiert.

3. Jährliche Wiederwahl der Verwaltungsräte:

Der Gegenvorschlag greift auch diesen Punkt auf und erklärt die einjährige Wiederwahl zur Norm. Damit verringert sich das Risiko, dass Verwaltungsräte



Nationalrat Caspar Bader lehnt die Abzocker-Initiative ab und setzt sich für den Gegenvorschlag ein.

nach der Wahl während der Amtsdauer von drei Jahren übermässige Bezüge tätigen. Allerdings hat die Bedeutung dieser Massnahme abgenommen, da gemäss Gegenvorschlag sämtliche Vergütungen sowieso von der Generalversammlung genehmigt werden müssen. Daher kann auch akzeptiert werden, dass der Gegenvorschlag die Möglichkeit offenlässt, aus Kontinuitätsgründen zur 3-jährigen Wiederwahl zurückzukehren.

von Nationalrat Caspar Baader, Gelterkinden (BL)

CONTRA

Die Delegierten der SVP Schweiz werden am 26. Januar 2013 die Parole fassen.

**Darum am 3. März
RPG-Revision
NEIN**

Quelle: <https://www.rpg.ch/de/aktuelles/2023/03/03/rpg-revision-nein>

NEIN

Die RPG-Revision: Ein Alpengraben

Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ist ein Wolf im Schafspelz. Unter dem Deckmantel des Landschaftsschutzes werden verfassungsmässige Grundsätze ausser Kraft gesetzt und Rechtssicherheit und Eigenständigkeit mit Füßen getreten. Die Folge solcher zentralistischer Massnahmen sind neben einer Zunahme von Bürokratie massive volkswirtschaftliche Schäden.

Das von einer erdrückenden Mehrheit der SVP-Basis unterstützte Referendum gegen die Revision des Raumplanungsgesetzes versucht eine bedenkliche, vom Parlament beschlossene Entwicklung zu verhindern: Zuerst ist die vom Bund verordnete Rückzonungspflicht ein inakzeptabler Verstoss gegen den Föderalismus, wie er in der Verfassung unseres Landes verbrieft ist. Der Bund greift hier massiv in die Souveränität der Kantone ein und benachteiligt insbesondere die alpinen Rand- und Bergregionen schwer.

Hinzu kommt, dass der verordnete Rückzonungs- und Überbauungszwang sowie die mindestens 20% betragende Mehrwertabgabe die Eigentumsrechte arg verletzen.

Dies alles wurde nur beschlossen, weil die mehrheitlich urbanen Gebiete eine Annahme der Landschaftsinitiative durch das Volk fürchten (Moratorium der Bauzonenfläche über 20 Jahre). Für die Randregionen bedeutet dies aber eine unerträgliche Vermögensvernichtung. Kantone wie das Wallis, Graubünden aber auch Regionen wie das Berner Oberland oder grosse Teile der Innerschweiz verfügen kaum über einen anderen Reichtum als den Boden- und Immobilienbesitz, da sie nur eine spärliche Industrialisierung aufweisen.

Würde die Revision des Raumplanungsgesetzes angenommen, müssten alleine im Kanton Wallis an die 3000 Hektaren Privatbesitz zurückgezont werden. Das entspräche einem Verlust von zirka 4 Milliarden Franken. Viele Bürger, die ein in der Bauzone befindliches Grundstück als Garantie für ein Darlehen verwendet haben, würden in grosse finanzielle Schwierigkeiten geraten. Hinzu käme der volkswirtschaftliche Verlust, der mit den verunmöglichten Bauten zusammen hinge (an die 70 Milliarden bei Vollausschöpfung).

Zählt man diese Reform zu den Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative und des starken Frankens hinzu, ergibt das für die Randgebiete ein äusserst düsteres Bild. Sie würden bei einer Annahme wirtschaftlich und sozial dermassen geschwächt, dass sie wohl zu kollektiven Sozialfällen würden und in Zukunft am Tropf der reicheren Zentrumsregionen hängen.

Die Schweiz ist aufgrund ihrer liberalen Gesetze und des Föderalismus zu Wohlstand gekommen. Die Revision des Raumplanungsgesetzes wirft all

dies über den Haufen und ersetzt es durch einen starren staatlichen Zentralismus ohne Rücksicht auf regionalspezifische Besonderheiten.

Die bodenrechtlich fragwürdigen und eigentumsfeindlichen Zwangsmassnahmen würden darüber hinaus zu

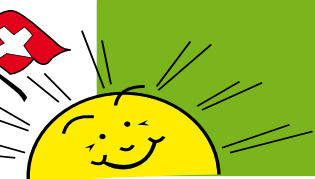
„Die Schweiz ist aufgrund des Föderalismus zu Wohlstand gekommen. Die Revision des Raumplanungsgesetzes wirft dies über den Haufen und ersetzt es durch einen starren staatlichen Zentralismus.“

einer weiteren Verknappung von Bauland führen und damit die Immobilienpreise und auch das Wohnen generell verteuern.

Aus diesem Grund ist es unbedingt notwendig, dass jeder um sich herum Stimmen gegen die unselige Revision des Raumplanungsgesetzes mobilisiert und am 3. März ein klares NEIN in die Urne wirft.



von Nationalrat
Oskar Freysinger,
Vizepräsident SVP
Schweiz, Savièse
(VS)



Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole
Mehr Informationen: www.rpg-revision-nein.ch

Nein zum Bundesbeschluss über

Mit einem neuen Verfassungsartikel soll die Familienpolitik neu definiert und verankert werden. Am 3. März 2013 wird der Bundesbeschluss von National- und Ständerat dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Die SVP lehnt den Vorschlag ab. Er unterminiert die Bedeutung und den Wert der Familie für Staat und Gesellschaft, entzieht den Eltern die Verantwortung zur Kindererziehung und verstaatlicht die Kinderbetreuung. Dies widerspricht unseren Vorstellungen von Familie und führt zu enormen Zusatzkosten, die schliesslich der Steuerzahler zu berappen hätte.

Im Wortlaut beginnt der neue Verfassungsartikel unverfänglich, wenn er fordert, dass der Bund bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familie berücksichtigt und er Massnahmen zum Schutz der Familie unterstützen kann. Kaum jemand wird gegen diese allgemeine, unverbindliche Worthölse ernsthaft in Opposition treten. Konkreter werden die Vorstellungen der Befürworter einer solchen Familienpolitik schon im zweiten Absatz, wo die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung

im Vordergrund steht und die Kantone neu zu einem bedarfsgerechten Angebot an familien- und schulergänzenden Tagestrukturen verpflichtet werden. Knüppeldick wird es, wenn im dritten und letzten Absatz festgelegt wird, dass der Bund die nötigen Vorgaben zu machen hat, wenn die Bestrebungen der Kantone oder Dritter nicht ausreichen sollten.

Nein zur Verstaatlichung der Kindererziehung

Klar wird damit, dass das Ziel eigentlich nichts anderes als ein gesamtschweizerisch einheitlich aufgebautes, zentral von Bundesbern diktiertes, flächendeckendes Angebot von staatlichen Kinderkrippen und familienexternen Betreuungsangeboten ist, welches von der Allgemeinheit zu tragen ist. Ganz nach dem Gusto all jener politischen Kreise, denen Gleichstellung und Versozialisierung der Kindererziehung wichtiger sind als die Freiheit und Eigenverantwortung der Eltern in der Erziehung und Betreuung der eigenen Kinder. Es sind die gleichen Kreise, die schon von Grossmüttern und Tanten eine Ausbil-

risch einheitlich aufgebautes, zentral von Bundesbern diktiertes, flächendeckendes Angebot von staatlichen Kinderkrippen und familienexternen Betreuungsangeboten ist, welches von der Allgemeinheit zu tragen ist. Ganz nach dem Gusto all jener politischen Kreise, denen Gleichstellung und Versozialisierung der Kindererziehung wichtiger sind als die Freiheit und Eigenverantwortung der Eltern in der Erziehung und Betreuung der eigenen Kinder. Es sind die gleichen Kreise, die schon von Grossmüttern und Tanten eine Ausbil-

Gegen frühkindliche, staatliche Fremdbetreuung und Bevormundung der Eltern



Die kleinste und bedeutungsvollste Zelle der Gesellschaft ist und bleibt die Familie. Die Familie und eine liebevolle, konsequente Erziehung sind das entscheidende Fundament für die gesunde Entwicklung des Kindes. Kinder brauchen Liebe, Geborgenheit, Zeit und die Präsenz einer engen Bezugsperson, ganz besonders während der ersten drei bis fünf Lebensjahre, die absolut prägend sind, aber auch danach. **Sich Zeit zu nehmen und Kinder in Eigenverantwortung zu erziehen, ist die beste Investition in das gelingende Leben der Kinder, die durch staatliche Fremdbetreuung nicht gleichwertig**

ersetzt und die niemals nachgeholt werden kann.

Für Familien und Alleinerziehende, die auf Unterstützung angewiesen sind, braucht es gute, möglichst familiennahe Betreuungsplätze. Sie sollen vorwiegend privatwirtschaftlich organisiert sein, um zu gewährleisten, dass sich Angebot und Nachfrage decken. Bemühungen, Mütter sofort nach der Geburt wieder an ihre Arbeitsplätze zu beordern, zeugen von sehr kurzfristigem Denken und sind gleich doppelt falsch. Einerseits in Bezug auf die Entwicklung des Kindes, andererseits auch aus wirtschaftlicher Sicht. Die Erfahrungen und das Wissen aus der Familienzeit sind zusammen mit dem aktualisierten beruflichen Fachwissen für die spätere Erwerbstätigkeit von Müttern von grossem Nutzen.

Demgegenüber sind Mütter mit Mehrfachbelastungen oft schon längere Zeit vor dem Pensionsalter ausgebrannt, wie jüngere Untersuchungen aus Schweden bestätigen. **Ganz sicher ist es nicht Aufgabe des Bundes, wie es der Familienartikel will, Grundsätze über die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf festzulegen und Kantone und Gemeinden zu flächendeckender Fremdbetreuung in Milliardenhöhe zu verpflichten. Die Familie und nicht deren Ersatz muss als präventive, langfristige Wert schöpfende Massnahme für unsere Gesellschaft gestärkt werden. Eltern dürfen nicht bevormundet werden!**

von Kantonsrätin (ab März Nationalrätin) Verena Herzog, Frauenfeld (TG)



die Familienpolitik

dung mit Diplom zum Hüten der Enkel und Neffen gefordert hatten. Es sind dieselben Kreise, die in den Kantonen mit gleichen Forderungen schon weitgehend gescheitert sind. Zu Recht, denn Kindererziehung und Kinderbetreuung ist nicht Staatsaufgabe sondern liegt primär in der Verantwortung der Eltern. Mindestens nach unseren Grundsätzen und Werten in der SVP.

Nein zur massiven Erhöhung der Steuerlast

Wie schon so oft, soll mit der Förderung von familienexterner Kinderbetreuung eine neue Staatsaufgabe eingeführt werden, ohne Rechenschaft über die Kostenfolgen für die Steuerzahler abzule-

gen. Nach den internationalen Standards der OECD wäre für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung im Vorschulalter rund 1 Prozent des gesamten Bruttoinlandproduktes vorzusehen. In der Schweiz wären dies rund 5,5 Milliarden Franken pro Jahr. Das

ist rund fünfmal mehr, als heute bereits dafür ausgegeben wird. Rechnet man die Kinderzahl der Schweiz und multipliziert diese mit der Anzahl der erforderlichen Krippenplätze im Vorschulalter und deren Kosten, dann schnell die Kostenprognose rasch auf über 12

Milliarden Franken empor. In dieser Rechnung noch nicht berücksichtigt sind all die Kosten für sämtliche Tages-

„Mit einem klaren Nein zum Bundesbeschluss zur Familienpolitik legen wir den Grundstein für unser Ziel, dass das Kindeswohl weiterhin in der Hand der Eltern und nicht in jener des Staates liegt.“

betreuungsstrukturen für schulpflichtige Kinder. Insgesamt sind das Milliardenbeträge, die der Bund - einfach so - zusätzlich auf Kantone und Gemeinden und damit auf die Steuerzahler abwälzen will.

Familien stärken statt Bürokratie und Sozialindustrie

Konsequenz des neuen Bundesverfassungsartikels wären ein enormer Ausbau von Bürokratie und Erziehungsverwaltung ebenso wie eine ganze, staatlich geschützte Betreuungsindustrie, wie wir sie bereits aus dem Asyl-, Pflege- und anderen Sozialbereichen kennen. Die SVP fordert einen anderen Weg. Mit ihrer Familieninitiative, die voraussichtlich im Herbst zur Abstimmung gelangt, will sie die Gleichberechtigung und Unterstützung jener Eltern erreichen, die ihre Kinder noch selbst, eigenverantwortlich und freiheitlich erziehen. Mit einem klaren Nein zum Bundesbeschluss zur Familienpolitik legen wir den Grundstein für unser Ziel, dass das Kindeswohl weiterhin in der Hand der Eltern und nicht in jener des Staates liegt.



Nicht das erste Mal! Die SVP kämpft seit mehreren Jahren gegen die Verstaatlichung der Kinder. Hier ein Plakat der SVP Deitigen aus dem Kanton Solothurn gegen das HarmoS-Konkordat, im Jahr 2008.



von Nationalrat Thomas de Courten, Rütenberg (BL)

Die Delegierten der SVP Schweiz werden am 26. Januar 2013 die Parole fassen.



12 SVP-Shop

A3-Farb-Drucker, -Kopierer, -Scanner, -Telefax

OKI MC861CDXN



5 Jahre Onsite-Garantie

34 Seiten./min. (26 farbig)
3 Kassetten Standard, Vorrat 1500 Blatt
Stapel-Einzug für 100 Blatt
Original-Einzug 50 Blatt
doppelseitig drucken/kopieren
Zoom 25-400% (Visitenkarte -> A4)
40 GB Festplatte
Zugriffsrechte Farbe steuerbar
Papiergewicht bis 200g
Couverts, Folien, Etiketten

Hervorragende Druckqualität

Perfekt für Fotos: ProQ2400
High-Speed USB, Netzwerk
500 Kurzwahl-Nr. für Fax

Kopien <10 Rp. farbig bzw.

< 1,3 Rp. s/w dank Flexrate

+ vieles, vieles mehr

für SVP-Mitglieder:

Sensations-Preis

2690.00

Nach CashBack + Eintauch

exkl. MWSt. **Solange Vorrat.** Preisgünstige Lieferung und Installation (ganze Schweiz). Bereits 120 begeisterte Kunden.

OCOTEX AG, 6343 Rotkreuz

041 799 50 00

info@ocotex.ch

Bestellen: www.svp.ch



..... Ex. Pin CH-Kreuz	7.-
..... Ex. Pin SVP-Logo	7.-
..... Ex. Pin «SVP Gold»	7.-
..... Ex. Post-it, Block à 50 Blatt	2.-
..... Ex. Offiziermesser	20.-
..... Ex. Kleber, Bogen à 27 Kl.	5.-
..... Ex. Kugelschreiber	2.50
..... Ex. Jasskarten	3.-
... franz.	... deutsch

Name: Vorname:

Adresse: PLZ:

Ort:

Telefon/E-Mail:

Bitte Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch



Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»

<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer

8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00

info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

SVP-Hit

Fr. 60.- pro Pers.

Gültig vom 7. Dezember 2012 bis 13. April 2013
Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen

**Wintersaison 2012/13
Wellness + Skiferien**

Übernachtungen mit Frühstücksbuffet
im Doppelzimmer Standard
Benützung Wellness, Hallenbad
Sanua und Aromadampfbad

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviele Nächte
ausschneiden - buchen - anreisen - genießen

ALETSCHARENA
Walter Schenke

Alpenblick

Fam. Holzer, 3984 Fieschertal

Tel. 027 970 16 60

info@hotelalpenblick.ch

www.hotelalpenblick.ch

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare

Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung

Erscheinungsweise: 11x/Jahr

Verantwortlich: Kevin Grangier

Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch

Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch

Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch

Fotos: Seite 1 - Oben links: © Thomas Minder und © SVP Schweiz. Mitte links: © SGV. Unten links und Mitte zentriert: © SVP Schweiz. Seiten 4/5: © SVP Schweiz. Seite 6: Quelle: www.blick.ch. Seite 7: © SVP Schweiz. Seite 9: © SVP Schweiz. Seite 10: © Verena Herzog. Seite 11 - unten links: Quelle: www.svp-deitigen.ch. Unten rechts: Parlamentsdienste 3003 Bern.

NEW LOOK NEW LEGACY 4x4

LINEARTRONIC
save energy

BOXER

SYMMETRICAL
AWD

Lineartronic-Getriebe mit Manual-Modus. Boxermotor für optimale Balance. Permanenter symmetrischer 4x4 für ultimative Bodenhaftung. Drei wegweisende Technologien in einem Auto. Da haben die Subaru-Ingenieure wieder einmal ganze Arbeit geleistet.



DER NEUE TREND AUF SCHWEIZER STRASSEN. SCHON AB FR. 29'850.—.



Der schönste Legacy aller Zeiten ist da. Platz, Ausstattung und Leistung wie gehabt in Fülle. Aber jetzt in noch eleganterer, neu gestylter Hülle. Und wie gewohnt zu einem Preis, der dem Ruf des Legacy 4x4 gerecht wird. Egal, ob als Benziner oder in der Diesel-Version. Überzeugen Sie sich selber von den Vorzügen des neuen Legacy 4x4. Ihr Subaru-Vertreter freut sich auf Sie.

Abgebildetes Modell: Legacy 2.5i AWD Limited S, Lineartronic, 5-türig, Energieeffizienz-Kategorie F, CO₂ 174 g/km, Verbrauch gesamt 7,5 l/100 km, Fr. 45'200.—. Modell Legacy 2.0i AWD Advantage, Lineartronic, 5-türig, Energieeffizienz-Kategorie E, CO₂ 164 g/km, Verbrauch gesamt 7,1 l/100 km, Fr. 29'850.—. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): 159 g/km.



SUBARU
Confidence in Motion

SUBARU. SWITZERLAND'S 4x4

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil. Subaru-Vertreter: rund 200. Subaru-Preise sind **Nettopreise**: fair und transparent, 8% MWSt inkl. www.multilease.ch

Gute Gründe für ein JA zur «Abzocker»-Initiative

- ✓ Jährliche *bindende* Abstimmungen an Generalversammlung (GV) über Vergütungssummen von Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Beirat
- ✓ Vergütungssummen: keine Begrenzung, jedoch soll GV das letzte Wort dazu haben (heute bestimmt Verwaltungsrat den eigenen Lohn!)
- ✓ Jährliche Wiederwahl: Verwaltungsräte und Präsident
- ✓ **Verboten: goldene Fallschirme, Vorauszahlungen und Prämien bei Firmenkäufen & -verkäufen**
- ✓ GV-Stimmpflicht für Pensionskassen und AHV-Fonds im Interesse ihrer Versicherten; Transparenz übers Stimmverhalten (Alle BürgerInnen sind Aktionäre: via Kapital in AHV-Fonds & Pensionskassen)
- ✓ Erfolgs- & Beteiligungspläne, Renten, Darlehen, Kredite: klar & transparent in Firmenstatuten geregelt – es braucht somit das OK der GV
- ✓ **Nur Volksinitiative schliesst enorm wichtige Hintertüren**
- ✓ Standortvorteil: Seit Lancierung der Initiative verlegten viele Gesellschaften wie *Coca Cola HBC, Tyco International, Weatherford* Hauptsitz in die Schweiz
- ✓ Durch besseren Schutz des Privateigentums Wirtschaftsstandort stärken
- ✓ **Schnelle Umsetzung der Volksinitiative garantiert: Der Bundesrat muss innerhalb eines Jahres die Ausführungsbestimmungen erlassen**
- ✓ Vorteil Verfassungsartikel: nur durch Volk und Stände abänderbar
- ✓ Alle internationalen Regulierungsbestrebungen gehen in Richtung *bindende* GV-Abstimmungen
- ✓ **Volksinitiative tangiert *nur* börsenkotierte Gesellschaften (*keine* KMU)**

Weshalb der indirekte Gegenvorschlag wirkungslos und somit abzulehnen ist

- ☹ Lediglich etwa 38 % der Initiativ-Forderungen wurden übernommen
- ☹ Es fehlt: *bindende* GV-Abstimmung der Gehaltssumme der Geschäftsleitung
- ☠ **Gefährliche Abstimmung übers intransparente «Vergütungsreglement» und die sehr vage, unvorhersehbare «Vergütungspolitik»**
- ☹ Er fördert die unkontrollierbaren und intransparenten Bonus-Pläne (Beispiel: Credit Suisse PIP-Plan, Brady Dougan: Fr. 71 Millionen)
- ☠ **Hintertüren und Schlupflöcher bleiben sperrangelweit geöffnet**
- ☹ Ging vergessen: Stimmpflicht für Pensionskassen und AHV-Fonds
- ☠ **Millionen-Abgangsentschädigungen und Vorauskassen durch Ausnahmeklausel weiterhin möglich**
- ☹ Delegation der Gesellschaftsführung an andere Firmen erlaubt
- ☹ Keine Strafbestimmungen: Widerhandlung wird nicht geahndet
- ☹ Mehrfacharbeitsverträge für VR- und GL-Mitglieder erlaubt
- ☹ Prämien an Manager bei Firmenkäufen und -verkäufen möglich
- ☠ **Das Obligationenrecht wird mehrmals jährlich revidiert: Der Gegenvorschlag würde im Nu wieder geändert und noch mehr verwässert**
- ☹ Zentrale Artikel des Gegenvorschlags stammen von Lobbyisten der Economiesuisse und somit von den Abzockern selbst
- ☠ **Viel zu lange Referendums-, Inkrafttretens- & Übergangsfristen: Gegenvorschlag erfasst erst GVs im Jahr 2016 (VI bereits 2014)**
- ☹ Das 5-jährige, der Demokratie unwürdige Trauerspiel in Bundesbern darf vom Stimmvolk nicht noch belohnt werden

**Daher: Am 3.3.2013 JA zum Original,
JA zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei»!**

Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei

**NEIN zur Volksinitiative
«gegen die Abzockerei»,**

**damit der Gegenvorschlag gegen die
Abzockerei sofort in Kraft treten kann.**

Darum setzen sich SVP-Unternehmer gegen die Abzockerei und für den Gegenvorschlag zur Minder-Initiative ein:

- ▶ Allein der Gegenvorschlag geht wirksam gegen die Abzocker vor, weil er sofort umgesetzt werden kann.
- ▶ Würde die Volksinitiative angenommen, würde diese – wie es aktuell die Ausschaffungsinitiative zeigt – während Jahren noch nicht umgesetzt und bis dann bleibt auf den Teppichetagen alles beim Alten. Der Gegenvorschlag schützt deshalb besser vor Abzockern.
- ▶ Der Gegenvorschlag verlangt, dass die Aktionäre, d.h. Eigentümer, die Regeln für Löhne und Boni bestimmen. Falsche Anreize werden so verhindert, bevor es zu neuen Exzessen kommt.
- ▶ Der Gegenvorschlag geht in entscheidenden Punkten über die Initiative hinaus. Die Konzerne müssen jedes Jahr offenlegen, wie hoch die Löhne und Boni der einzelnen Verwaltungsratsmitglieder und der Geschäftsleitung sind. So wird schnell sichtbar, wenn sich jemand gierig bereichert, und die Aktionäre können gezielt einschreiten. Und stellt sich ein Lohn später als nicht gerechtfertigt heraus, erleichtert nur der Gegenvorschlag eine entsprechende Rückforderung.

**Stimmen Sie am 3. März 2013 NEIN, damit wirksam
gegen Abzocker vorgegangen werden kann.**

CASPAR BAADER, Nationalrat, Gelterkinden (BL) • **CHRISTOPH BLOCHER**, Nationalrat, Herrliberg (ZH) • **SYLVIA FLÜCKIGER**, Nationalrätin, Schöftland (AG) • **SEBASTIAN FREHNER**, Nationalrat, Basel (BS) • **PETER FÖHN**, Ständerat, Muotathal (SZ) • **ULRICH GIEZENDANNER**, Nationalrat, Rothrist (AG) • **HANS KAUFMANN**, Nationalrat, Wettswil (ZH) • **YVES NIDEGGER**, Nationalrat, Genf (GE) • **HANSJÖRG WALTER**, Nationalrat, Wängi (TG) • **JEAN-FRANÇOIS RIME**, Nationalrat, Bulle (FR) • **PETER SPUHLER**, a. Nationalrat, Weiningen (TG) • **GREGOR RUTZ**, Nationalrat, Küsnacht (ZH) • **THIS JENNY**, Ständerat, Netstal (GL)



13. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundespräsident Ueli Maurer
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 23. Februar 2013

10.30 – 16.00 Uhr

9.00 Uhr Türöffnung

**in der Markthalle Toggenburg,
Wattwil / SG**

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-; 2. Preis Fr. 200.-; 3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen.

Fr. 25.- Mittagessen

(Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich)

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker,
SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde
herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem
untenstehenden Talon per Email, per Post oder per Fax
baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).

Organisation

SVP Ortspartei Wattwil unter der Leitung von OK-Präsident
Hansueli Hofer und Nationalrat Felix Müri.

Experte: Hans Bachmann, ex-Jass-Schweizermeister.



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 13. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 23. Februar 2013 an:

☐ Französische Karten

☐ Deutschschweizer Karten

☐ Egal

Name

Vorname

Adresse

PLZ Ort

Tel.

E-Mail oder Fax

Talon einsenden an: SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern

Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: imobersteg@svp.ch